

# PANDEMIE. KRISE. KLASSENKAMPF.

Ökonomische, soziale und politische  
Entwicklungen nach einem Jahr Covid-19



# PANDEMIE. KRISE. KLASSENKAMPF.

## ÖKONOMISCHE, SOZIALE UND POLITISCHE ENTWICKLUNGEN NACH EINEM JAHR COVID-19

Die Thesen, die hier aufgestellt werden, stehen im direkten Zusammenhang mit den Weltperspektiven der ISA "Chancen und Gefahren im 'Zeitalter der Unruhen': Dokument zu den Weltperspektiven" (#IMB13). Darin wird eine umfassende Einschätzung der internationalen Entwicklungen vorgenommen, die hier nur angerissen wird. Zu einzelnen Aspekten der Weltperspektiven wird in der ISA weiter debattiert.

### EINLEITUNG

Die Pandemie hat alle Einschätzungen, was ab dem Jahr 2020 passieren würde, durcheinander gewirbelt. Das Leben der arbeitenden Menschen weltweit ist aus den Fugen geraten. Die Kapitalist\*innen und ihre Regierungen mussten improvisieren. Gleichzeitig hat das Virus die schon zuvor vorhandenen krisenhaften Entwicklungen des Kapitalismus wie ein Brandbeschleuniger verstärkt. Die Umverteilung von unten nach oben wurde durch die Pandemie vertieft. Weltweit stieg die Zahl der Milliardäre in 2020 trotz Corona um 700 auf eine Rekordsumme von 2700 und ihr Gesamtvermögen um 4 Billionen auf insgesamt 11 Billionen Euro.

Die sich schon vorher abzeichnende konjunkturelle Krise – verstärkt durch technologische Umwälzungen – ist durch die Pandemie zum tiefsten Einbruch der Nachkriegszeit geworden. Global brach die Wirtschaft 2020 um 4,4 Prozent ein, die deutsche Wirtschaft um 4,9 Prozent. Corona hat diese Krise nicht nur vertieft, sondern auch Rhythmus und Reihenfolge geändert und beeinflusst, welche Regionen, Länder und Branchen zu den Gewinnern und Verlierern der Krise gehören.

Corona ist keine Naturkatastrophe, sondern das Virus wurde durch die Mechanismen des modernen Kapitalismus verbreitet. Die herrschende Kapitalistenklasse und ihre politischen Vertreter\*innen haben dabei versagt, die Pandemie einzudämmen bzw. zu beenden. Dieses Versagen ist tief in ihrem System verankert. Produktions- und Transportketten wurden zu Infektionsketten, weil es für die Herrschenden inakzeptabel war, diese zu unterbrechen.

Covid-19 hat weltweit soziale Bewegungen unterbrochen oder geschwächt – nicht zuletzt die Klima-Bewegung und aufständische Entwicklungen wie in Chile und Hongkong. In den entwickelten kapitalistischen Ländern Europas gibt es insgesamt ein niedriges Niveau des Klassenkampfes. Jedoch kam es nicht zu einem Stillstand. In den USA ist die Black Lives Matter Bewegung explodiert und hat sich auf einem höheren Niveau mit der sozialen Frage verbunden. In Belarus und Myanmar sind neue Massenbewegungen entstanden. Die Massenbewegung im letzten Herbst in Polen hat beeindruckend gezeigt, wie sich unter der sichtbaren Oberfläche zuspitzende Stimmungen wütend und explosiv entladen können.

In Deutschland hat die Pandemie die Zahl und Intensität von Klassenkämpfen und sozialen Bewegungen weiter verringert. In den Tarifrunden im öffentlichen Dienst konnte ver.di keinen ausreichenden politischen Druck entfalten, die IG Metall hat die Tarifrunde mit extrem angezogener Handbremse geführt. Der Mangel an persönlichen Treffen und Vernetzungen verzögert jede Aktion. Die zuvor vorhandenen Konfliktpotenziale bleiben jedoch akut und flackern zeitweise und regional auf: durch die Kampagne zur Enteignung der Immobilienkonzerne in Berlin, durch Proteste von Frauen\* am 25.11. oder am 8. März, durch Proteste von Beschäftigten im Gesundheitswesen und die Black Lives Matter Bewegung, die in beeindruckender Weise den ersten Lockdown durchbrach.

In den spät- und postpandemischen Zeiten 2021/22 werden Arbeitsplatzvernichtung und Betriebsschließungen eine größere Rolle spielen. In der Metallindustrie und in Teilen des Einzelhandels liegen Pläne zum Abbau schon auf dem Tisch. Dazu kommt die unklare Situation der besonders gebeutelten Branchen wie Gastronomie, Tourismus, Kultur usw. Durch die staatlichen Hilfen und die Hoffnung auf den Aufschwung nach dem Virus sind zeitlicher Ablauf und Rhythmus der Arbeitsplatzvernichtung offen, aber die relative Stabilität ist vorbei. Der Staat wird die Kosten der Wirtschafts- und Corona-Krise erneut auf die Arbeiter\*innenklasse abwälzen. Die post- und spätpandemischen Zeiten werden deutlich konfliktreicher.

## VERÄNDERTER KRISENVERLAUF

Der Virus traf auf einen Kapitalismus in der Niedergangsphase. Die Probleme der Überakkumulation, die zur Krise von 2008 führten, bauten sich bereits vor Corona erneut auf. Vor der Pandemie hatte die Krise in verschiedenen Sektoren bereits begonnen, u.a. in der Automobilindustrie. In Deutschland brach der Absatz 2019 bereits um 5% gegenüber dem Vorjahr ein. Corona hat diese Krise zum weltweit tiefsten Einbruch der Nachkriegszeit verschärft. Timing und Rhythmus dieser Krise unterscheiden sich von vorherigen Krisen.

Zunächst sah es so aus, als wäre China besonders stark und dauerhaft betroffen. Doch das Land war „first in, first out“ und fungierte nach der Eindämmung des Virus in noch stärkerem Maße als Welt-Lieferant als zuvor. Während die chinesische Wirtschaft 2020 einbrach (aber immer noch ein Wachstum von ca. zwei Prozent verzeichnete), liegt die Wachstumsprognose für das Jahr 2021 bei einem plus um 8,4%. Das sind drei Prozentpunkte mehr als die Prognose des IWF für die das globale Wachstum des selben Jahres (5,5%). Der Aufstieg der chinesischen Ökonomie wurde durch die Pandemie verstärkt. Der beschleunigte Ablösungsprozess der USA als stärkste Wirtschaftsmacht wird die Spannungen zwischen den Imperialismen erhöhen.

Die kapitalistische Konkurrenz hat die Nationalstaaten dazu getrieben, einen effektiven Shutdown der Wirtschaft zu vermeiden. Die Hoffnung war, man könne den Virus eingrenzen („flatten the curve“), ohne eine massive ökonomische Störung zu verursachen. Würde das gelingen, wäre man im internationalen Konkurrenzkampf besser positioniert. Die Regierung Merkel hatte keine Probleme damit, die kleinen Gastro-Betriebe lahmzulegen, ist aber den auf den Weltmarkt orientierten großen Konzernen verpflichtet. Zunächst sah es so, als wäre die Strategie erfolgreich und als würde Deutschland sicher zu den Gewinner-Ländern gehören. Großbritannien und die USA hingegen hatten zu wenig heruntergefahren, so dass die Pandemie-Situation eskalierte und nachgesteuert werden musste, mit tieferen Einschnitten in die Produktion.

Stand April 2021 ist nicht klar, wie sich die Lage für Deutschland entwickelt. Einerseits sind die Export-Betriebe offen, nur im Frühjahr 2020 gab es größere Einschnitte bei der Produktion. Der Laden läuft. Andererseits zieht sich durch das Versagen der Regierenden, die zweite und dritte Welle zu bekämpfen, die Pandemie in die Länge. Die gesellschaftlichen Folgekosten steigen. Es ist nicht auszuschließen, dass in der dritten oder eine durch die Unfähigkeit produzierten vierten Welle auch die Konzerne unter Produktionsstockungen leiden, durch infektionsbedingte Schließungen oder durch ausgelagerte Belegschaften. Ob die zynische Kalkulation aus Sicht

der Herrschenden aufgeht, für den Preis von tausenden Toten zusätzlich die Produktion laufen zu lassen, wird erst später klar sein.

Hätte Corona nicht die Krise verstärkt und im Ablauf verändert, hätte diese sich zunächst bei der Produktion langlebiger Konsumgüter und Investitionsgütern entwickelt und hätte erst im Verlauf, durch die Zerstörung von Massenkaukraft, Bereiche wie Gastronomie, Kultur, Tourismus und Veranstaltungen getroffen. Durch die Pandemie gerieten diese Bereiche schärfer und schneller in die Krise.

Der untypische Verlauf hat dazu geführt, dass es in Deutschland noch keine größere Entlassungswelle gegeben hat und die Erwerbslosigkeit offiziell nur moderat angestiegen ist. Die Arbeitslosenversicherung wird allerdings durch die Kurzarbeiterregelung zugunsten der Unternehmen geplündert. Viele kleinere Unternehmen aus dem Bereich Gastronomie, Einzelhandel usw. sind trotzdem Pleite, werden aber durch die legalisierte Insolvenzverschleppung künstlich am Leben gehalten. Das ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) geht von 25.000 sogenannten „Zombieunternehmen“ aus.

Der untypische Verlauf führt zu einigen Fragen, die Stand Frühjahr nicht abschließend beantwortet werden können. Beispiel Massenkaukraft: Diese ist nicht so stark gesunken wie bei bisherigen vergleichbaren wirtschaftlichen Einbrüchen. Durch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und Verluste durch Kurzarbeitergeld sank sie zwar leicht, gleichzeitig sparten auch Teile der Arbeiter\*innenklasse notgedrungen Geld, durch Verzicht auf Reisen, Ausgehen, Fahrkosten.

Ob es zu einem nachholenden kurzfristigen Konsumboom kommt, hängt vom weiteren Verlauf der Krise ab. Sollte sich diese normalisieren und in eine Krise der Schwer- und Investitionsgüterindustrie münden, würde die Kaufkraft quasi nachträglich vernichtet. Sollte es zu einer Erholung zur Endphase der Pandemie bzw. danach kommen, wären erhöhte Konsumausgaben möglich, mit einem Wiederaufbau von am Rande der Pleite schwebenden Kleinunternehmen oder mit Neugründungen.

Entscheidend bei Investitionsgütern und langlebigen Konsumgütern ist allerdings nicht die Pandemie. Hier wirken längerfristige Trends. Besonders in der Autoindustrie gibt es massive Überkapazitäten. Diese werden verstärkt durch die Ablösung des Verbrenners und den Wettlauf um das Elektroauto, in der sich für die nationalen Autoindustrien die Frage stellt, wie schnell und zu welchen Kosten der Umbau gelingt.

Daher ist es auch möglich, dass nach einer eventuellen kurzen Erholung die Wirtschaft in den regulären Krisenmodus

abrutscht. Die Überkapazitäten im industriellen Sektor sind bisher nicht abgebaut worden, Kapital ist nur begrenzt vernichtet worden. Eine größere Bereinigung des Marktes steht aus, die Performance der deutschen Konzerne im internationalen Vergleich ist fraglich. Während Timing und Rhythmus der Krise offen sind wie selten, ist sicher, dass es keine mittel- bis langfristige Stabilität nach der Pandemie geben wird.

Ein Jahr nach Beginn der Krise haben die Börsen neue Rekordwerte notiert. Während der Pandemie ist Kapital in Testzentren und die Pharmaindustrie geflossen. Diese Anlagemöglichkeiten sind allerdings begrenzt, mehrere Branchen wie die Luftfahrt fallen für größere Investitionen aus. Daraus können sich das weitere Aufblähen des Finanzmarktes mit neuen Finanzprodukten und neue Spekulationsblasen ergeben, in einigen Bereichen – Straßenbau, Verkehr allgemein, Gesundheitswesen – ist größerer Privatisierungsdruck möglich.

Die fortschreitende Monopolisierung in Logistik und (Einzel-)Handel ist ein Ergebnis der Pandemie. Während der Einzelhandel am Boden liegt, hat Amazon Rekordprofite eingefahren. Während Restaurants um ihr Überleben kämpfen, geraten viele in Abhängigkeit von Lieferando und Co. Diese Konzerne diktieren zunehmend Preise und Lieferbedingungen von Gastro-Betrieben.

Im Zuge der Krise mussten die Herrschenden sich von ihrer strikten Austeritätspolitik verabschieden und z.B. in Deutschland die „Schuldenbremse“ aussetzen und staatliche Garantien abgeben. Allerdings haben die Herrschenden in der EU keine grundlegende Wende vorgenommen. Die Austerität „pausiert“, aber Kapital und Parteien weigern sich, umfassend in die öffentliche Infrastruktur zu investieren. Sie haben zwar die nötigen konsumtiven Ausgaben getätigt, aber tatsächlich versucht, die gesundheitliche Krise ohne qualitativ gesteigerte Investitionen in das Gesundheitswesen und die Pflege auszusitzen. Das hat auch zum vorzeitigen Tod von zehntausenden Rentner\*innen geführt. Eine NDR Studie geht davon aus, dass diese im Schnitt 9 bis 10 Lebensjahre verloren.

Auch das Komplettersagen bei der Digitalisierung der Schulen basiert darauf, dass die „Schuldenbremse“ zwar formal ausgehebelt, aber ihre Logik weiter in Kraft ist.

Eine Strategieänderung in keynesianischer Tradition wäre es gewesen, wenn die Regierung in der Krise die Richtung der Umverteilung umgekehrt hätte, die Reichen belastet und Finanzen in öffentliche Infrastruktur und Hilfen für die Betroffenen umgeleitet hätte. Doch während der Pandemie hat sich die Umverteilung zu Gunsten des Kapitals und der Besitzenden vertieft. Die Beschäftigten haben Verluste erlitten durch

Kurzarbeitergeld, schwache Tarifabschlüsse, Extra-Kosten (Masken, Tests usw.), Notwendigkeit der Kinderkrankschreibung, Jobverluste, Umstieg auf andere, schlechter bezahlte Arbeitsplätze. Die Hilfen der Regierung kamen größtenteils den Konzernen zugute, die nur teilweise Verluste durch die Pandemie zu verzeichnen hatten.

Die massiven Staatsausgaben und Anleihenkaufprogramme der Zentralbanken, kombiniert mit einem Nachholeffekt beim Konsum, werden zu einer erhöhten Inflationsrate nach dem Ende der Pandemie führen. Schon jetzt gehen Preise für Rohstoffe deutlich nach oben, in den USA sind die Durchschnittspreise in einem Monat um 4,2 Prozent gestiegen. Die großen Zentralbanken (EZB, Fed, Bank of England) hatten ein höheres Inflationsziel angepeilt, auch, um die Schulden auf Dauer etwas zu entwerten. Diese Kalkulation kann aber nach hinten losgehen, weil das monetaristische Rezept der Leitzinserhöhung als Reaktion auf zu schnelle Inflationsraten als Antwort ausfällt.: Von so einer Leitzinserhöhung wären auch die Zinsen für die enorm gewachsenen Staatsschulden betroffen wären, es käme zum Schneeballeffekt. Eine erhöhte Inflation würde die Löhne auffressen, und könnte in der Folge Tarifrunden verschärfen.

## AUSWIRKUNGEN AUF DAS BEWUSSTSEIN

Die Pandemie hat gezeigt, welche Tätigkeiten entscheidend für eine Gesellschaft sind. Die Zentralität eines guten Gesundheitswesens mit ausreichender Bezahlung und Personalausstattung, wurde mehrfach deutlich. Während sich hoch bezahlte „Funktionsträger\*innen“ in ihre (Ferien-) Villa zurückziehen konnten, ist der Arbeitsdruck der „frontline workers“ enorm gestiegen. Ohne diese schlecht bezahlten, oft prekären Beschäftigten würde nichts laufen.

Der Umgang der Regierenden mit der Krise hat den Mythos zerstört, in Deutschland würde alles reibungslos funktionieren, wenn es darauf ankommt. Das Chaos bei Masken, Tests, Vakzinen hat die Unwilligkeit und Unfähigkeit der Politiker\*innen gezeigt, gezielt in Produktion und Verteilung einzugreifen und die Interessen der Einzelkapitale zurückzudrängen.

Für viele wurde deutlich, wie große Konzerne Hilfspakete erhielten und Kurzarbeitergeld kassierten und dennoch Dividenden an Anteilseigner\*innen ausschütteten, während Künstler\*innen, Soloselbstständige und Gastro-Betriebe auf kleine Summen warteten. Die Arbeiter\*innenklasse muss die Risiken per Kurzarbeitergeld, Lohnverlust durch Kinderbetreuung, privat bezahlen Tests und Masken ohnehin selbst tragen. Die Korruptionsskandale der Union runden das Bild einer Gesellschaft ab, in der eine kleine Minderheit zu „Kri-

sengewinnler\*innen“ wird und die Mehrheit dafür bezahlt. Diese Erkenntnisse reifen in der Arbeiter\*innenklasse, doch es existieren auch gegensätzliche Trends im Bewusstsein der Massen.

Die Pandemie wird noch immer als etwas Äußeres wahr genommen, welches Kapital und Regierungen nicht ursächlich verschuldet haben. Ihnen wird daher seitens breiter Schichten zugestanden, Fehler zu machen und sich vorwärts zu tasten. Dazu kommt, dass anders als 2008, als die Krise glasklar als Produkt des Kapitalismus zu erkennen war, die ökonomische Krise als Folge von Corona wahrgenommen wird, als hätte es ohne den Virus diesen Abschwung nicht gegeben. Anders als 2008 gibt es bisher kein Wiederaufleben der marxistischen Krisentheorie, weder in den bürgerlichen Medien noch in Schichten der Jugend. Wir alle erleben eine sich im Kreis drehende Diskussion über das Für und Wider von Maßnahmen zur Infektionsbekämpfung, durchsetzt mit Frustrationen und dem Hoffen auf das Ende und die Wiederaufnahme des „normalen“ Lebens. Trotz aller Erkenntnisse wirkt die Pandemie zumindest in Deutschland eher lähmend.

Im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 entdeckten viele Aktivist\*innen in Betrieben und sozialen Bewegungen (zwangsläufig) die Videokonferenz als neues Werkzeug zur Vernetzung, die sogar die überregionale Zusammenarbeit erleichterte. Nach über einem Jahr ist jedoch klar, dass diese die tägliche Kommunikation am Arbeitsplatz, in der Schule, Uni, im Café, in der Kneipe nicht ersetzen kann. Gerade neue Kollektive entstehen und festigen sich nur sehr begrenzt virtuell. Bisher wurden Zersplitterung und Inaktivität durch die Pandemie verstärkt, die Handlungsmöglichkeiten wurden eingeschränkt, Selbstorganisation und Gegenwehr von links sind schwieriger geworden. Das hat vor allem die Schichten von Aktiven betroffen, aber auch Spuren im Bewusstsein breiterer Schichten hinterlassen.

Die schnellen, schwachen Abschlüsse im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie waren vor allem auch aufgrund der Klassenkollaboration der Gewerkschaftsführungen möglich. Insbesondere die IG-Metall Führung setzte darauf, 'gemeinsam' die Krise meistern zu wollen und gab damit alternativlos die Richtung „Sozialpartnerschaft“ vor. Viele Beschäftigte können sich gar nicht vorstellen, dass die Konzerne selbst in der Corona-Krise höhere Löhne zahlen könnten, obwohl sie in den vergangenen Jahren märchenhafte Gewinne erzielten und weiter Gewinne machen. Durch die fehlenden alternativen Ideen wurde kaum Druck auf die Arbeitgeber\*innen oder die eigene Gewerkschaftsführung erzeugt.

## REAKTION DER KLASSEN

Die herrschende Klasse in Deutschland inklusive der Regierung haben sich international erst durch eine schnelle Reaktion, dann durch Verzögerungen und letztendlich sogar durch Korruption hervorgetan. Von der anfänglichen Zustimmung zum Regierungskurs, geprägt durch den Drogen-Hype, Karl Lauterbach und der „Wissenschaftlerin als Kanzlerin“ gab es zunächst in Umfragen eine mehrheitliche Zustimmung zum ersten Lockdown.

Die Herrschenden setzten von Anfang an auf Nebelkerzen: Während Großraumbüros, Logistikzentren und Fabriken offen blieben, wurden die Verantwortung für die Ausbreitung der Infektion vor allem Migrant\*innen und feiernden Jugendlichen in die Schuhe geschoben. Individuelle Schuldzuschreibung sollen das systematische Versagen der Herrschenden in der Gesundheitspolitik verschleiern.

In der Arbeiter\*innenklasse hat sich die Corona-Pandemie sehr unterschiedlich niedergeschlagen: In den prekären Bereichen wie der Fleisch- und Agrarindustrie oder der Heimpflege sind Arbeiter\*innen aus primär Zentral- und Osteuropa noch stärker ausgebeutet worden, durch längere Arbeitszeiten (statt z.B. zwei Wochen bis zu vier Monate), längere Arbeitszeiten und weniger Bezahlung. Das hat nicht zuletzt auch zu einem (recht erfolgreichen) wilden Streik auf dem Spargelfeld in Bornheim geführt. Die Unterbringungen und Fahrdienste wurden zu Hot-Spots der Pandemie und Quarantäne-Lagern mit unmenschlichen Bedingungen. Durch die geschlossenen Geschäfte ist das Aufkommen des Online-Handels explodiert. Schon vor der Corona-Krise fehlten 10.000 Beschäftigte im Paketdienst, Arbeitszeiten und Stress haben enorm zugenommen. Gleichzeitig haben viele, die durch die Krise ihren Job z.B. in der Veranstaltungsbranche verloren haben, zeitweise in den Lieferdienst gewechselt. Auch im Einzelhandel entwickelte sich die Lage unterschiedlich: Supermärkte wurden überrannt, da Restaurants geschlossen waren, Baumärkte verzeichneten ebenfalls hohe Gewinne, während Buchläden und andere kleinere Branchen rote Zahlen schreiben und Beschäftigte von Entlassungen bedroht sind. Im Tourismus- und Reisesektor stehen trotz staatlichen Subventionen Massentlassungen an. Überlagert ist die Entwicklung von der konjunkturellen Wirtschaftskrise aufgrund bestehender Überkapazitäten, die vor allem Unternehmen wie Daimler zu Massentlassungen animieren.

Die Krise wird von vielen Unternehmen auch als Möglichkeit genutzt, sich neu aufzustellen. So wollten Einzelhandelsketten wie H&M und Douglas schon vor geraumer Zeit stärker auf Online-Handel statt auf Filialen setzen und nutzen die Krise, um diese Planungen durchzusetzen, die mit entsprechenden

Entlassungen einhergehen. Gleichzeitig hat die Regierung im Rahmen der Corona-Krise von März bis August 2020 mit dem Arbeitszeitgesetz herumexperimentiert. In den „systemrelevanten Berufen“, denen also, die ohnehin schon an vorderster Front der Pandemie stehen, wurden die Ruhezeiten von elf auf neun Stunden reduziert, die Wochenarbeitszeit durfte auf 48 Stunden hochgefahren, die Arbeitseinsätze auf 12, statt 10 Tage maximal, verlängert werden. Pläne zur Verlängerung der Arbeitszeit liegen bereits auf dem Tisch wie z.B. in der Fleischindustrie, in der Pflegekammer Niedersachsen und auch in Logistikbranchen wie dem Flughafenshuttleservice. Solche Experimente könnten nach den Bundestagswahlen versuchsweise auf Dauer ausgeweitet werden.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist auf 33,51 Mio gesunken, noch im Januar 2021 haben 2,85 Mio Menschen konjunkturell Kurzarbeitergeld angemeldet. Insbesondere die Zahl der prekär Beschäftigten bzw. ‚geringfügig entlohnten‘, die vor allem im Gastrobereich mit oft mehreren Arbeitsverträgen gerade so über die Runden kamen, ist um über halbe Million Menschen auf 6,87 Mio gesunken.

Hinter diesen Zahlen stecken auch Geschlechterverhältnisse: Die Benachteiligung von Frauen der Arbeiter\*innenklasse ist durch die Pandemie nicht nur sichtbar geworden, sondern hat sich weiter zugespitzt. Der Begriff „Systemrelevanz“ prägte in den ersten Monaten der Pandemie die öffentliche Debatte und hat das politische Establishment in dem Sinne in ihrer unsozialen Politik der letzten Jahrzehnte entlarvt, da schnell klar wurde, wie prekär – und weiblich – Systemrelevanz wirklich ist.

Frauen\* sind von der Krise in dreierlei Hinsicht betroffen: sie stellen 75% der Beschäftigten, die in systemrelevanten Berufen arbeiten und dadurch auch der temporären Schleifung des Arbeitszeitgesetzes unterlagen. Die ohnehin prekären Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Pflege, im Erziehungs- und Bildungswesen oder dem Einzelhandel haben sich weiter verschärft: Arbeitsstress und Überstunden steigen durch den chronischen Personalmangel weiter an. Eine tatsächliche Anerkennung systemrelevanter Berufe in Form einer satten Lohnerhöhung blieb aus. Das kaschierende Klatschen und Loben der Bundesregierung stieß bei vielen Beschäftigten zu recht auf Wut.

Die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes wird durch die Branchentarife und Betriebsvereinbarungen geregelt. Dadurch, dass viele Frauen in Bereichen mit geringer Tarifbindung arbeiten, haben nur 36% eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes erhalten, im Vergleich zu ihren männlichen Kolleg\*innen mit 47%. Von Entlassungen waren bisher jedoch überdurchschnittlich viele männliche\* Kollegen betroffen, was

sich jedoch laut Böckler-Impuls im Januar 2021 allmählich umkehrte.

Die Pandemie hat auch die Situation zu Hause verschärft. Zum einen wurde deutlich, wie sehr der Kapitalismus (vor allem, wenn er in die Krise gerät) auf die im Privaten geleistete und unbezahlte Reproduktionsarbeit angewiesen ist – Homeschooling wäre ohne die Betreuung vieler Eltern gar nicht möglich gewesen. Gleichzeitig stieg der Grad der Mehrfachbelastung durch die mehr werdende Arbeit im Haushalt aufgrund von Lockdown, Quarantäne und Ausgangssperren immens an. Frauen\* mit Kindern und zu pflegenden Angehörigen haben im Durchschnitt eine Stunde täglich mehr in die Hausarbeit investieren müssen und daher auch Arbeitszeiten reduziert.

Auch die Zahlen häuslicher Gewalt sind massiv gestiegen, Frauenhäuser waren binnen kurzer Zeit komplett überfüllt und viele Frauen hatten und haben somit kaum eine Möglichkeit, aus Gewaltsituationen zu entfliehen.

Die aktuelle Coronapolitik machte sich auch Rassismus zu Nutzen: Anti-Asiatischer Rassismus und Warnungen vor der „Gelben Gefahr“ dienten einigen dazu, einen Sündenbock für die Ausbreitung des Virus zu finden. Flüchtlingsunterkünfte wurden medial zu den Coronahotspots schlechthin gemacht, während vor allem in dieser Art Unterkunft der Schutz gegen eine Ansteckung kaum gewährleistet wurde.

Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund und BPoC (Black and People of Color) arbeiten mehrheitlich in der Pflege, in den Bring- und Paketdiensten, bei Amazon und anderen großen Logistik- und Großhandelsunternehmen, auf dem Bau und in der Agrar- und Fleischindustrie, also Branchen, die nicht geschlossen oder auf Home-office umgestellt werden können. Die Pandemie trifft sie in mehrfacher Hinsicht: Schlechte Löhne bedeuten schlechte und enge Wohnverhältnisse, in denen sich der Virus schnell ausbreiten kann, befristete Verträge und Werkverträge führen dazu, dass viele trotz Krankheit arbeiten gehen um keinen Lohnausfall zu riskieren. Weil sie sich oft keinen PKW leisten können, sind sie besonders auf den ÖPNV angewiesen. Gleichzeitig wurden „Hochzeiten der migrantischen Großfamilien“ als Super-spreader-Events hochstilisiert.

Darüber hinaus werden im Schatten der Pandemie weiter Abschiebungen durchgeführt. In den letzten Wochen und Monaten sind zahlreiche Schüler\*innen und ihre Familien Opfer davon geworden. Aber auch Beschäftigte, deren Aufenthaltsstatus lange ungeklärt war, stoßen nun auf die Entscheidung der Behörden, nicht bleiben zu können.

Besonders Migrant\*innen und Menschen, die prekär beschäftigt sind, gehören neben älteren Personengruppen zu den Schichten, die am häufigsten am Virus erkranken und mit Langzeitfolgen oder dem Leben bezahlen.

Auch das Thema Wohnraum hat sich in der Pandemie, in der sich Lockdown an Lockdown, Quarantäne an Quarantäne und Ausgangssperre an Ausgangssperre reihte, besonders zugespitzt. Dass diese Maßnahmen der Bundesregierung auf Widersprüche und eigene Versäumnisse in der Wohnpolitik der letzten Jahrzehnte prallte, ist besonders plastisch an dem Beispiel Obdachlosigkeit geworden: Wer sich keine Wohnung leisten kann, kann nunmal kaum zuhause bleiben.

Auch für Familien, die sich bloß die Miete einiger weniger Quadratmeter leisten können, wurde die Coronapolitik deutlich verhängnisvoller als für Familien, die zumindest auf Eigenheim und Garten verweisen konnten. Ein Beispiel dafür, dass das Thema Wohnen eine wichtige Klassenfrage bleibt.

## COVID-KLASSENKAMPF

Abgesehen von kleineren wilden Streiks und regulären Streiks bei Amazon sowie den Warnstreiks im Nahverkehr und in der Pflege, gab es bisher wenig Kämpfe. Vorherige Prognosen über eine rasante Entwicklung des Tarifkonfliktes TV-Nahverkehr durch das Zusammengehen mit Fridays For Future, ein neues Aufflammen der Sozial- und Erziehungsdienstproteste oder längeren Streiks in der Pflege beim TVÖD im Sommer haben sich zerschlagen. Die DGB-Führung hat in vielen Städten sogar darauf verzichtet, in irgendeiner Form den 1. Mai 2020 zu begehen und hat auch 2021 wenig angeboten. Auch im Elektro- und Metallbereich wurde von der IGM-Führung trotz anstehender Massenentlassungen bis auf ein paar verlängerten Mittagspausen und Vollversammlungen wenig getan.

Trotz dem Fehlen kollektiver Organisation und dem beängstigenden und unsicheren Pandemieszenario wurden während der Krise die Kreativität und der Selbstschutz unserer Klasse sichtbar, die aus Solidarität mit dem überlasteten Pflegebereich und gefährdeten Angehörigen ihren Alltag enorm einschränkte, selbst Desinfektionsmittel kaufte und Masken nähte noch bevor auch nur ein Arbeitgeber Arbeitsschutz zur Verfügung stellte. Kinderbetreuung und -schulung wurden selbstständig organisiert, an Zäunen Lebensmittel für Ärmere gesammelt, für Nachbar\*innen und Kolleg\*innen mit hohem Infektionsrisiko Lebensmittel eingekauft. In manchen Schulen begannen Schüler\*innen mit dem Bau von Luftfiltern, was von den Landesregierungen unterbunden wurde. Die Energie für all das war mit der Hoffnung verbunden, die Pandemie ließe sich innerhalb eines Jahres in den Griff bekommen.

Doch die Selbst-Disziplin weicht momentan einem Zustand, den viele als ‚mügend‘ bezeichnen – einer Mischung aus enormer Erschöpfung und Wut, die aufgrund der Müdigkeit jedoch in vielen Bereichen zunächst kaum zu Widerstand führte.

Es ist möglich, dass im Logistikbereich und auch in den prekären Löhnen zahlenden Fleisch- und Agrarbetrieben in diesem Sommer wieder spontane Streiks ausbrechen, die jedoch aufgrund der geringen Organisation momentan noch schnell abebben.

Wir können des Weiteren davon ausgehen, dass sich das Frustpotential insbesondere in den Bereichen Pflege und Bildung besonders zuspitzt. Diese Bereiche waren direkt von der verfehlten Pandemiepolitik betroffen und mussten tagtäglich die Unfähigkeit der Politik am eigenen Leib erfahren, unter anderem durch kurzfristige neue Coronaschutzverordnungen ohne Handhabe für die reale Umsetzung. In beiden Bereichen ist der Großteil der Beschäftigten weiblich und war und ist neben den Arbeitskonflikten auch von der Reproduktionskrise während der Pandemie betroffen. Im Bildungsbereich sowohl in Schule als auch Hochschule mussten in Eigenverantwortung sowohl Jahrzehnte versäumter Digitalisierung als auch enorme soziale Unterschiede bei den Schüler\*innen und Studierenden aufgefangen werden. Das trifft auf einen bereits existierenden Unmut über verschleppte und fehlende Investitionen in Gebäude wie beispielsweise Toiletten- und Heizungssanierungen. Hier fehlt trotz vieler guter Initiativen momentan noch ein breiter gemeinsamer Aufschlag der GEW, den Unmut selbstbewusst nach außen zu tragen und konkrete (Streik-)Aktionen zu organisieren.

Im Pflegebereich traf die Krise ebenfalls auf schon bestehende katastrophale Zustände mit fehlendem Personal, fehlenden Investitionen, fehlenden Pflegeeinrichtungen. Es wurden auch während der Pandemie weiterhin Krankenhäuser geschlossen und allein in dieser Zeit bundesweit 3.000 Betten abgebaut. Vor der Pandemie gab es bereits kämpferische Beispiele wie in Jena oder Hamburg, wo die Belegschaften für mehr Personal Organizing Kampagnen aufbauten. Des Weiteren gibt es in vielen Städten Initiativen wie ‚gesunde Krankenhäuser NRW‘, die neben Kolleg\*innen auch die Öffentlichkeit stärker einbeziehen. Hier könnten in den nächsten Jahren größere Kämpfe entstehen, die sich nicht allein auf Streiks in den Kliniken beschränken. In Berlin plant ver.di für diesen Sommer eine große Entlastungskampagne der Beschäftigten von Charité und Vivantes. An einer ersten Stadtversammlung am 21.4. nahmen über 450 Interessierte teil, um Unterstützung zu mobilisieren, noch bevor die Entlastungskampagne begonnen hat.

Insgesamt sind Gewerkschafts- und Betriebsstrukturen wie andere soziale Bereiche von der Pandemie überrascht worden. Viele Betriebsgruppen sind erstmal zum Erliegen gekommen, neue Formate mussten entwickelt werden, eine Reihe völlig neuer Probleme hat sich abgezeichnet, auf die die geschwächten Strukturen nur langsam reagieren konnten. Neue Kommunikationswege mussten entwickelt werden und das bei der Bedrohung von Entlassungen, Corona-Erkrankung, Überlastung, Arbeitszeitverlängerungen.

Um die Untätigkeit der Bourgeoisie zur Eindämmung der Pandemie in der Sphäre der Produktion zurückzudrängen, wäre eine aktive Gewerkschaftspolitik nötig gewesen, die Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz mit kämpferischen Mitteln durchsetzt. Da das Kapital die Unternehmen nicht von selbst schließen wird, hätte es, ähnlich wie in Italien, Streiks für einen Shutdown der Produktion gebraucht. Die Kombination aus systemtragender Gewerkschaftsführung, einer zersplitterten Gewerkschaftsopposition und wenig Strukturen in den Betrieben hat das verhindert.

Es ist unklar, wann sich organisierte Belegschaften wehren werden. Die Herrschenden stellen sich mit der Ausweitung von Überwachungen, dem Schleifen des Demonstrationsrechts, dem Experimentieren mit Ausgangssperren und dergleichen auf ein Szenario von Massenstreiks- und Demonstrationen ein. Fakt ist, dass die Unternehmen die Betriebe auf den Wettbewerb nach der Krise sturmreif schießen wollen und Gewerkschaften und LINKE nicht auf eine Zeit danach warten können, sondern jetzt Initiativen für Streiks und Massenaktionen ergreifen müssen.

Welches Potenzial das Thema der steigenden Mieten für eine verbindende Klassenpolitik hat, wird am Beispiel der steigenden Zahlen häuslicher Gewalt deutlich, was unsere Forderung, sich unabhängig vom Partner eigenen Wohnraum leisten zu können, in den Mittelpunkt rückt.

Mieter\*innenschutz in Zeiten der Pandemie bestand aus einem sechsmonatigen Kündigungsschutz, um aus der Coronakrise keine „Krise der Wohnungslosigkeit“ zu machen (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz). Wie tief wir bereits in dieser Krise stecken, wird noch deutlicher werden, wenn sich Mieter\*innen durch kommende Entlassungen, Betriebsschließungen etc. ihre Miete erst recht nicht leisten können.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“, welche dafür kämpft, durch einen Volksentscheid ca. 240.000 Wohnungen von Immobilienkonzernen zu vergesellschaften, eine realistische Perspektive auf Erfolg hat – dieser wäre ein historischer

Sieg, dessen Strahlkraft die Mieter\*innenbewegung bundesweit befeuern könnte.

## COVID-19 HÄTTE GESTOPPT WERDEN KÖNNEN

Das Versagen der Herrschenden bei der Pandemie-Bekämpfung hat die Debatte über Alternativen angeheizt. Bekannt geworden ist der Aufruf #Zerocovid. Zurecht verweist dieser Aufruf auf die Notwendigkeit, dass die Pandemie vor allem durch entschiedene Maßnahmen im Arbeitsleben – z.B. vorübergehende Schließung der nicht zur Versorgung notwendigen Betriebe – bekämpft werden muss. Gleichzeitig vermittelt die Initiative zumindest implizit die Vorstellung, „wir alle“ könnten „solidarisch“ handeln, unterbelichtet Klassengegensätze, unterschätzt die Frustration über den Lockdown von Privatleben, Kultur und Freizeit. Sie geht zu wenig auf die Vorstöße der Herrschenden ein, die Pandemie zur Einschränkung demokratischer Rechte zu nutzen.

Eine sozialistische Regierung hätte ohne Rücksicht auf die Interessen des Kapitals im Frühjahr 2020 und wenn nötig im Herbst 2020 einen weiter gehenden Shutdown von Betrieben und Schulen durchgesetzt und dabei Beschäftigte, Eltern und kleine Selbstständige finanziell abgesichert. Die nötige kurzfristige Einschränkung der privaten Kontakte wäre auf dieser Grundlage von der Bevölkerung diskutiert, verstanden und umgesetzt worden.

Die Phase der massiven Beschränkungen wäre genutzt worden, um umfassendes Testen, die Nachverfolgung und die umfassende Analyse des Infektionsgeschehens vorzubereiten. Betriebe, Schulen und Kitas wären mit Filteranlagen ausgestattet worden. Das Personal in Kliniken und Altenheimen wäre besser bezahlt, neues Personal angeworben worden. Die Altenheime wären in öffentliche Hand und demokratische Kontrolle überführt worden. An den Schulen wäre für die Digitalisierung neues Personal eingestellt worden, Lehrer\*innen und Schüler\*innen wären innerhalb weniger Monate mit Hardware und Infrastruktur ausgerüstet und ausgebildet worden. Die Patente auf Impfstoffe wären freigegeben und alle verfügbaren Produktionsstätten angewiesen worden, Impfstoffe zu produzieren.

Vor allem, wenn diese Maßnahmen international umgesetzt worden wären, hätte sie schnell und umfassend gewirkt. Auf dieser Grundlage wäre es gelungen, das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu bekommen und das Virus so einzugrenzen, dass einzelne lokale Ausbrüche sofort hätten bewältigt werden könnten. Dieses Vorgehen hätte allein in Deutschland Zehntausenden Menschen das Leben gerettet bzw. verlängert und die Folgewirkungen von Covid-19 bei vielen verhindern können. Der finanziell und psychisch belastende Dauer-Lock-



down wäre nicht nötig gewesen, Gastro- und Kulturbetriebe hätten schon längst wieder ihren Betrieb aufgenommen.

Die herrschende Klasse hat dies nicht getan. Noch im April 2021 weigerte sie sich, entschiedene Maßnahmen des betrieblichen Arbeitsschutzes oder gar Schließungen per Gesetz zu erzwingen und überließ Infektionsschutzmaßnahmen weitgehend der „Freiwilligkeit“ der Kapitalist\*innen. Gleichzeitig verschärfte sie u.a. mit Ausgangssperren den Privat-Lockdown und damit die Belastung der Bevölkerung, insbesondere von Kindern, Singles und Menschen in nicht traditionellen Lebensformen.

Zudem nutzt sie – ebenso wie die herrschende Klasse in Großbritannien, Frankreich, Griechenland und weiteren Ländern – den Lockdown zur Einschränkung demokratischer Rechte, an vorderster Front die NRW-Landesregierung mit dem Entwurf eines extrem repressiven Versammlungsgesetzes, welches sich akut und direkt gegen die Aktivist\*innen für Klimagerechtigkeit und gegen die antifaschistische Bewegung richtet, perspektivisch auch gegen die Arbeiter\*innenbewegung.

Das Hin und Her und die immer auffälliger werdende Widersprüchlichkeit der Regierenden führt dazu, dass gleichzeitig der Anteil derjenigen wächst, die schärfere Lockdown-Maßnahmen fordern, um endlich die Pandemie unter Kontrolle zu bekommen und derjenigen, die eine Lockerung fordern, weil sie die Situation nicht mehr aushalten. Viele Menschen sind zwischen diesen beiden Positionen hin- und hergerissen. Etwa 36% sind momentan für härtere Maßnahmen, während ca. 26% für die Lockerung sind und nur noch eine schrumpfende Gruppe von 31% Vertrauen in die Corona-Maßnahmen und die Regierung hat (Stand April 2021).

Infektionsschutzmaßnahmen, Lockdowns, Ausgangssperren und Bußgelder bei entsprechendem Missachten dieser Regelungen haben den repressiven Staatsapparat spürbarer denn je gemacht. Aufstockungen des Ordnungsamts (z.B.: „Stadt-polizei“), um die Durchsetzung dieser Maßnahmen sicherzustellen, sind ein konkretes Beispiel für die Stärkung von Teilen des Staatsapparats. Der repressive Kurs gegen Linke und antifaschistische Kräfte wird fortgesetzt. Das Vorgehen der Polizei gegen die Besetzer\*innen im Dannenröder Forst war dafür ein weiteres Beispiel.

Die deutliche Zurückhaltung der Polizei, Verstöße gegen Versammlungsaufgaben zu ahnden, bei den sogenannten „Querdenken“-Protesten, welche mit all diesen Regelungen brechen, kann in dem Zusammenhang auch als Ausdruck davon gewertet werden, dass ein ernstzunehmender Teil der Polizeiführung mit der Bewegung sympathisiert. Vor diesem Hin-

tergrund ist die Einschränkung der Versammlungsfreiheit eine Perspektive, die vor allem linken Protest schaden würde.

Sozialist\*innen lehnen Ausgangssperren und ähnliche Maßnahmen ab. Sie haben nur einen geringen Effekt auf das Infektionsgeschehen und massive Nebenwirkungen. Währenddessen werden zudem andere Maßnahmen, die das Kapital beschneiden, nicht ergriffen.

Die „Härte“ der Lockdowns in den verschiedenen Ländern hat die Zahlen insgesamt nur wenig beeinflusst. Alle europäischen Länder, die zu Beginn die Pandemie nicht ernst genommen und im Sommer 2020 umfassend geöffnet haben, ohne sich auf den Herbst vorzubereiten, haben zeitweise die Kontrolle verloren. Sie alle haben dabei versagt, die nötigen Vorbereitungen für Tests, Sicherheit in Betrieben und Schulen, Offenlegung der Impfpotenziale usw. zu treffen.

Diese Fragen sind jedoch entscheidend. Der Staat muss massiv investieren, in Gesundheitswesen, Bildung und die Bezahlung von Ausfallzeiten. Zur Finanzierung sind die Kapitalist\*innen und die Reichen heranzuziehen, über Steuern, Abgaben und über den Zwang zur uneingeschränkten Lohnfortzahlung. Ein Lockdown kann eine Wellenbrecher-Aufgabe erfüllen, allerdings nur, wenn große Teile der Bevölkerung diesen freiwillig und überzeugt mittragen und auch über eine Strategie für die Zeiten nach dem Lockdown zur Verhinderung einer weiteren Welle demokratisch mitentscheiden.

Die widersprüchlichen Regierungsmaßnahmen haben die „Querdenken“-Bewegung und andere „Corona-Skeptiker\*innen“ am Leben gehalten und ihnen mehrere Aufschwünge ermöglicht. Doch ihnen die breite soziale Basis. Die Anfälligkeit für Verschwörungstheorien ist vor allem ideologisch fundiert, es versammeln sich v.a. Faschist\*innen, Esoteriker\*innen, notorische Impfgegner\*innen, fanatische Christ\*innen und verwirrte Einzelpersonen.

Die von den ökonomischen Auswirkungen der Pandemie schwer getroffenen Teile des Kleinbürgertums haben sich nicht in größeren Zahlen beteiligt. Kulturschaffende haben eigene Proteste mit klarer Abgrenzung zu den Verschwörungsmystiker\*innen organisiert. Die meisten Gastronom\*innen oder Veranstalter\*innen haben offensichtlich keine Möglichkeit gesehen, durch eine Beteiligung der auf die gesamte Gesellschaft bezogenen isolierten Proteste ihre eigene Lage zu verbessern.

Offen ist, an welchem Punkt die Lage der betroffenen Schichten von Kleinbesitzenden so verzweifelt wird, dass sie massiv auf die Straße gehen. Aber selbst dann würden diese nicht automatisch nach rechts driften. Es gäbe die Möglichkeit, das

Linke und Gewerkschafter\*innen eingreifen und Vorschläge formulieren – z.B. eine Corona-Abgabe der Reichen, bessere Hilfsmaßnahmen, effektive Pandemiebekämpfung – welche die Interessen von Kleinbürger\*innen und Arbeiter\*innenklasse verbinden.

Es bleibt weiterhin unwahrscheinlich, dass die „Querdenker\*innen“ zu einer dauerhaften, anwachsenden Massenbewegung werden. Sie sind schon dadurch begrenzt, dass bei einer Verschärfung der Pandemie der Irrsinn, die Gefährlichkeit des Virus zu leugnen, für mehr Menschen offensichtlich wird und dass bei einer Entspannung samt Lockerungen die These von der „Corona-Diktatur“ an Boden verliert. Durch den derzeitigen Schwebestand zwischen weiteren unsinnigen Lockdown-Verschärfungen und gleichzeitiger Unfähigkeit der Herrschenden, die Pandemie effektiv zu bekämpfen, werden sie jedoch am Leben gehalten. Aus dieser Bewegung heraus werden Rechtspopulist\*innen und Faschist\*innen rekrutieren können.

## JUGEND IN ZEITEN DES VIRUS

Jugendliche sind von der Krise besonders betroffen: Schüler\*innen leiden unter dem Hin- und Her zwischen Schulöffnungen- und schließungen, Auszubildende sorgen sich um die Übernahme in einen Betrieb, Studierende, die sich ihr Studium selbst finanzieren müssen, haben zum großen Teil ihre Minijobs verloren. Zudem haben viele Jugendliche das leider nicht unberechtigte Gefühl, einen wertvollen Teil ihrer Jugend durch die wenigen Möglichkeiten in der Freizeitgestaltung, zu verpassen.

Die Ergebnisse der Studie „Zusammenhalt in der Pandemie“ von der Bertelsmann-Stiftung zeigen, dass sich Personen unter 30 Jahre durch die Pandemie zum einen einsam fühlen und sich besonders um ihre Zukunft sorgen, gleichzeitig jedoch den Virus und die Maßnahmen zur Eindämmung weiterhin ernst nehmen. Trotzdem werden vermehrt Jugendliche kriminalisiert, wenn sie in der Freizeit, die ihnen übrig bleibt, Möglichkeiten nach sozialen Kontakten wahrnehmen.

Parteien oder Gewerkschaften sind weiterhin nicht der erste Anlaufpunkt für Jugendliche – auch, weil sie sich mit ihren Bedürfnissen durch diese nicht repräsentiert, sondern viel eher im Stich gelassen fühlen. Gleichzeitig wächst der Unmut vieler Jugendliche vor dem Hintergrund des Spannungsverhältnis „den Virus ernst nehmen und trotzdem kriminalisiert werden“ und durch die massiven Einschränkungen in der Freizeit, während in der Wirtschaft alles läuft.

Diese Widersprüche werden für Jugendliche zunehmend spürbar. Die Krise trägt einen Teil dazu bei, dass sich einige

politisieren. Viele erkennen, dass es so nicht weitergehen kann und werden offener für antikapitalistische Vorschläge oder beziehen sich sogar positiv auf Sozialismus. Dieses Potenzial müssen wir erkennen, daran anknüpfen und eine Anlaufstelle für Jugendliche sein, sich sozialistisch zu organisieren.

Zur verstärkten Kriminalisierung von Jugendlichen allgemein, kommt die der migrantischen Jugendlichen, die in ihrer Freizeit oder auf der Straße noch regelmäßiger von Ordnungsamt und Polizei kontrolliert werden als andere.

Gleichzeitig hat die EU das Grenzregime mit der Aufstockung von Frontex verschärft. Ein extremes Beispiel dafür sind die Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln, wie das Camp Moria in denen tausende Menschen dem Virus schutzlos ausgeliefert sind und der Gesundheitszustand vieler Geflüchteter sich nach einem Brand im Lager weiter verschlechterte. Aufgrund solcher Entwicklungen engagieren sich weiterhin viele Jugendliche auch bei Seebrücke und ähnlichen Organisationen. Relativ große Proteste, zwangen einzelne EU-Länder zu einigen symbolischen Maßnahmen, wie der Zusage der Aufnahme kleiner Gruppen von unbegleiteten Kindern. Effektive Hilfe wurde allerdings nicht geleistet.

## KLIMABEWEGUNG IN DER KRISE

Die Pandemie aber auch die fehlende Strategie der Großdemokratie über politische Appelle hinaus haben die Klimabewegung im letzten Jahr deutlich zurückgeworfen, viele andere politische Fragen sind in der Vordergrund gerückt. Ein Ausdruck davon war die verhältnismäßig schwache Mobilisierung am 19.03.21, dem globalen Klimastreiktag, bei dem über die Aktiven hinaus kaum Schichten erreicht wurden und sich auch international deutlich weniger Städte mit Protesten angeschlossen haben.

Die bewegungsfreie Zeit stärkt die karrieristischen Kräfte in den Fridays for Future-Strukturen, welche den nächsten Schritt in einer parlamentarischen Verankerung sehen. Durch die Bundestagskandidaturen führender FFF-Aktivist\*innen wie Luisa Neubauer auf der Liste der Grünen werden sich, spätestens durch eine schwarz-grüne Koalition und dem daraus resultierenden Legitimationsdruck verpatzter Klimapolitik, die bürgerlichen und die antikapitalistischen Tendenzen klarer herausbilden – auf dieser Grundlage sind Konflikte innerhalb der FFF-Strukturen abzusehen.

Der Widerstand gegen die Rodung des Dannenröder Forsts und die damit einhergehende, massive Repression der Polizei hat viele Klimaaktivist\*innen radikalisiert. Es sind die Schichten der Klimabewegung, deren Hoffnung in die Grünen schwindet und die das Problem im kapitalistischen System

erkennen. Die systemkritischen Teile der Klimabewegung organisieren sich zunehmend außerhalb von FFF bei der SDAJ, Solid, kleineren revolutionären Gruppen oder werden inaktiv.

Durch die Krise und eine größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich wird das Verbinden der ökologischen mit der sozialen Frage noch bedeutsamer. Außerdem hat die pandemiebedingte Produktionsumstellung vieler Betriebe von der regulären Produktion auf die Produktion von Masken oder Beatmungsgeräten gezeigt, dass Konversion möglich ist – daran kann man anknüpfen, wenn es bspw. darum geht, die Forderung, Rüstungsproduktion auf die Produktion zivil-nützlicher Güter umzustellen, zu erläutern. Hier haben wir die Forderung 'Klimakiller enteignen' prominent gemacht, die auf Klimawandel, Umweltvernichtung und Krieg bzw. Militärindustrie gleichzeitig eine Antwort gibt.

## FEMINISTISCHE UND ANTIRASSISTISCHE KÄMPFE

Aufgrund der Verschlechterungen der Lage der weiblichen Schichten der Arbeiter\*innenklasse und ihrer stärkeren Sichtbarkeit durch die Krise, hat die feministische Bewegung, welche in den letzten Jahren bereits immer stärker wurde, auch in Deutschland weiter an Aufwind gewonnen. Die internationalen und zum Teil erfolgreichen Kämpfe wie zuletzt in Argentinien und Polen tragen dazu bei, dass sich vor allem junge Frauen\* politisieren und selbstbewusst hinter den Forderungen für ökonomische und ökologische Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, gleiche Rechte und einem Ende der Gewalt stellen.

Der 25. November 2020 sowie der 8. März 2021 standen im Kontext der Pandemie. Dabei wird vermehrt erkannt und beleuchtet, dass die Krise im kapitalistischen System steckt und es grundsätzliche Lösungen bedarf. Mit ROSA können wir als sozialistische Feminist\*innen gut daran anknüpfen, vorwärtsweisende Lösungsvorschläge machen und dem feministischen Kampf damit einen konkreten Ausblick geben, der motiviert, aktiv zu werden und sich zu organisieren.

Die objektive Lage drängt die soziale Frage im feministischen Kampf auf und erschwert den Standpunkt bürgerlicher, postmoderner und akademischer Schichten Strömungen innerhalb der feministischen Bewegung. Die Proteste werden migrantischer und auch die Beteiligung junger Männer\* ist stärker wahrnehmbar.

Der Mord an George Floyd und die große Black-Lives-Matter-Protestwelle, die dieser in den USA ausgelöst hat, schwappte auch nach Deutschland (wenn auch in anderer Größe und Charakter). In vielen Städten fanden antirassistische Proteste

statt, durch die sich Aktivist\*innen international und regional mit den Opfern rassistischer Polizeigewalt solidarisierten.

Der Blick wurde dabei auch auf die staatlichen Institutionen in Deutschland und insbesondere auf die Polizei und den Verfassungsschutz gerichtet, in deren Strukturen immer wieder Nazi-Netzwerke aufgedeckt werden. Themen, die vor diesem Hintergrund hervorgehoben werden, sind rassistische Polizeikontrollen (Racial Profiling) und struktureller Rassismus.

Auch die vielen „Einzelfälle“ rechtsextremer und faschistischer Anschläge wie der in Hanau am 19. Februar 2020 haben viele Menschen erschüttert und waren für einige ein Anstoß aktiv zu werden. Ausdruck davon sind die enorm großen Gedenkveranstaltungen ein Jahr später, organisiert z.B. durch die „Initiative 19. Februar“ oder Migrantifa.

Hintergrund für den verstärkten Einzug der Perspektive Schwarzer Frauen und Women of Color in die feministische Bewegung, sind unter anderem die Black-Lives-Matter-Proteste und der Diskurs, den diese vor allem auf Social Media auslösen und so international Aufmerksamkeit auf die Unterdrückung von BPoC (Black and People of Color) richteten. Diese Entwicklung und stärkere Einbeziehung zeigt, dass das Bewusstsein für Unterdrückungszusammenhänge wächst, was Potenzial dafür bietet, aufzuzeigen, dass Kämpfe verbunden werden müssen. Viele jugendliche Schichten orientieren sich dabei theoretisch an den Ideen eines intersektionalen Feminismus, d.h. dass Rassismus, Geschlechter- und Klassendiskriminierung sich überschneiden und zu Mehrfachdiskriminierung führen, die ernst genommen werden müssen. Dabei wird jedoch der Klassenwiderspruch oft als gleiches Unterdrückungsmoment wie andere gesehen, statt als gesellschaftliche Grundlage jeder Ungleichheit.

Des Weiteren sind unter Teilen der Aktivist\*innen Ideen von „Identity Politics“ verbreitet. Ein Ausdruck davon ist die falsche Herangehensweise an Cis-Männer, die nicht an Streiks oder Demos teilnehmen dürfen. Auch die Forderung bezahlter Haus- und Carearbeit oder einem Bedingungslosen Grundeinkommen als Lösung für ein Ende unbezahlter Reproduktionsarbeit stehen für einige im Zentrum der Diskussion, was den Fokus weg von der gesellschaftlichen Verantwortung und Organisation von Haus- und Carearbeit rückt. Der Forderung nach bezahlter Haus- und Carearbeit stellen wir die Vergesellschaftung der Haus- und Carearbeit entgegen. Wir wollen allen gemeinschaftlich ein sorgenfreies, sicheres und komfortables Leben garantieren.

Viele Jugendliche setzen sich zudem mit der „Privilegentheorie“ auseinander. Diese gibt im günstigen Fall zwar Impulse zur Reflexion des eigenen Verhaltens und der Sprache und

kann so eine Sensibilisierung dafür schaffen, unterschiedliche Formen von Rassismus und Sexismus zu erkennen und diesen vorzubeugen. Allerdings bietet sie zur Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse und spaltender Mechanismen, denen sich der Kapitalismus bedient, keine Lösungen an. Wir wollen nicht nur die Sprache von patriarchalen und rassistischen Mustern befreien, sondern die Grundlage der Gesellschaft, nämlich die globale Produktion und Verteilung von Reichtum, vollständig umwälzen.

All diese Konzepte sind Ausdruck eines Rückgangs sozialistischer Ideen innerhalb der Bewegungen einerseits, andererseits drücken sie auch eine Suche danach aus. Sie bieten jedoch keinen Ansatz, den gemeinsamen Kampf von Männern\* und Frauen\* der Arbeiter\*innenklasse und unterschiedlicher Herkunft zu fördern und haben das Potential, falsche Spaltungslinien aufzumachen. Wir müssen an dieser Stelle gut erklären, warum dieses System keinen Nutzen davon hat, zu privilegieren, sondern bloß davon, in unterschiedlichem Maße zu diskriminieren und auszubeuten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, was uns unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter oder Religion verbindet und wie wir den gemeinsamen Kampf gegen alle Unterdrückungsformen bestreiten und gewinnen können. Wir müssen dem mit einem verbindenden Klassenstandpunkt begegnen und positiv aufzeigen, welche Schritte und Forderungen uns im Kampf für Gleichberechtigung wirklich weiterbringen.

## WAGENKNECHT VERSCHÄRFT DIE KRISE DER LINKEN

Die LINKE ist während der Pandemie nicht von der Stelle gekommen. Zunächst wurde die Regierung gestärkt – wenig überraschend in einer umfassenden Krisensituation. Die LINKE hat opportunistisch reagiert und den Schulterchluss mit den Herrschenden gesucht. Der Versuch, parallel zur schwindenden Unterstützung für die Regierung umzuschwenken, wurde trotz guter Forderungen im Einzelnen – z.B. zum Gesundheitswesen – nicht flächendeckend wahrgenommen. Eine Lockdown-Situation mit Isolation der Aktivist\*innen und einem niedrigen Level von politischen Aktionen begrenzt zudem eine linke Partei in besonderem Maße. Mit einer klaren Strategie hätten die Hindernisse jedoch minimiert werden können.

Fraktionen, bundesweite Führung und Teile der Aktiven sind auf Parlamente und Regieren fixiert, sehen sich im Dialog mit den etablierten Parteien, anstatt sich als grundlegende antagonistische Kraft, inhaltlich und methodisch, zu begreifen. Dort wo die LINKE mitregiert – Thüringen, Berlin, Bremen – wurden in der Pandemiebekämpfung nicht einmal ansatzwei-

se Unterschiede zu den bürgerlichen Parteien sichtbar. Der thüringische Ministerpräsident Ramelow war faktisch Teil eines erweiterten bundesweiten Corona-Kabinetts.

Teile der Parteispitzen traben der Regierung hinterher. Andere wiederum – z.B. Wagenknecht – negieren den Ernst der pandemischen Lage und formulieren Verständnis für die Proteste der „Querdenker\*innen“. Die notwendige Opposition von links – sowohl gegen das Nicht-Schließen der kapitalistischen Betriebe oder gegen vorgezogene Schulöffnungen als auch gegen die Einschränkungen von demokratischen Rechten – hat die Partei nicht hinbekommen.

Die Initiativen von Wagenknecht/Lafontaine und ihren Anhänger\*innen haben dazu geführt, dass neben der Trennlinie „Mitregieren vs. kämpferische Opposition“ bzw. „Mitgestalten vs. Kapitalismus abschaffen“ neue Spaltungslinien geschaffen wurden, in der Lesart Wagenknechts zwischen „Sozialpolitik für die Massen“ und „Identitätspolitik für Minderheiten“. In Wirklichkeit vertreten Wagenknecht und ihre Anhänger\*innen einen national beschränkten Reformismus, den Versuch einer Reanimation einiger Elemente der Sozialdemokratie der 1960er/70er Jahre und ignorieren die Rolle spezifischer Unterdrückung im Kapitalismus und die veränderte Zusammensetzung der Arbeiter\*innenklasse. Sie jagen den Stimmen derjenigen hinterher, die auf die AfD orientiert sind.

Als Marxist\*innen stehen wir gegen Wagenknechts Konstruktion eines Widerspruchs zwischen sozialen Interessen und spezifischer Unterdrückung. Wir treten für eine „verbindende Klassenpolitik“ ein, für den gemeinsamen Kampf auf Klassenbasis, verbunden mit dem Kampf gegen alle Formen von Diskriminierung, für den Widerstand gegen die rassistische Spaltung, für sozialistischen Feminismus.

„Aufstehen“ war ein Versuch, durch Druck von außen die LINKE zu verändern. Dieser scheiterte eindeutig. Das im Buch „Die Selbstgerechten“ skizzierte Programm geht weiter. Es ist eine Basis zur Spaltung und Zerstörung der LINKEN in ihrer derzeitigen Form. Wenn Wagenknecht, Lafontaine und ihrer Anhänger\*innen auf diesen Positionen beharren, sind in den nächsten ein bis drei Jahren Brüche vorprogrammiert.

Die innerparteilichen Kräfteverhältnisse sind in Bewegung. Das Wagenknecht-Lager hat bundesweit nach dem Scheitern der „Aufstehen“-Initiative an Boden verloren, z.B. bei den Wahlen zum Parteivorstand 2021. In NRW hat das Bündnis von „Aufstehen“ mit großen Teilen der SL und „Kommunalrealos“ jedoch eine Delegierten-Mehrheit bei der Aufstellungsversammlung erreicht und Wagenknecht zur Spitzenkandidatin für die Landesliste gekürt. Der linke Flügel um

AKL und Bewegungslinke wurde komplett ausgegrenzt und das Mehrheitsbündnis hat „durchgezogen“.

Wagenknechts Wahlsieg kann zu mehr Klarheit und Entschlossenheit im linken Flügel führen. Doch der Effekt, dass linke Aktivist\*innen resignieren, sich auf Arbeit in Bewegungen beschränken, die Partei im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen und vielleicht darüber hinaus leerer und weniger lebendig wird, wird überwiegen. Das Beharrungsvermögen von Karrierist\*innen und unpolitischen Wichtigtuer\*innen ist unter diesen Umständen größer als das kämpferischer linker Aktivist\*innen.

Noch ist offen, ob Wagenknecht bereit ist, den ganzen Weg zu gehen und wenn, ob ihre Unterstützer\*innen dies mitmachen. Es ist möglich, dass sie davor zurückschreckt – oder ihre Anhänger\*innen ihr nicht folgen wollen – sie einen teilweisen Rückzug antritt und wieder dabei landet, ihre Stellung in Bundestag und Öffentlichkeit zu nutzen, die Partei teils von außen, teils von innen zu verändern. Es ist allerdings ebenso möglich, dass Wagenknecht nach der Bundestagswahl den Druck erhöht und ihre prominente Stellung nutzt, direkt gegen die Partei zu schießen.

Jedes Ergebnis der Bundestagswahlen kann dabei seitens ihres Lagers für die eigenen Interessen interpretiert werden. Hält die LINKE ihre Stellung, v.a. in NRW oder gewinnt sogar dazu, wird sich Wagenknecht das auf ihre Fahne schreiben. Ein schlechtes Abschneiden, v.a. in NRW, wird als Versagen einer „lifestylelinken“ Partei interpretiert werden oder als „Sabotage“ (weil der Enthusiasmus vieler parteilinker Mitglieder begrenzt sein wird), an der auch die tolle Spitzenkandidatin nichts ändern konnte. Argumentativ werden die Bundestagswahlen zu einer Win-Win-Situation für das Wagenknecht-Lager.

Der klassische Anbieterreformismus Marke Gysi oder aktuell Kipping und der konservative Nationalreformismus von Wagenknecht sind theoretisch kompatibel. Beide haben eine Re-Stabilisierung des Kapitalismus zum Ziel und bescheiden sich mit Reformen im Rahmen des Systems. Beide werden nicht zur grundlegenden Verbesserung der Lebensverhältnisse führen. Dietmar Bartsch verkörpert, dass beide Ansätze verbunden werden können.

Taktisch und methodisch unterscheiden sie sich allerdings so massiv, dass sie in der Praxis unvereinbar werden können. Die klassisch sozialdemokratische bis linkssozialdemokratische Politik von Kipping setzt darauf, ein linkes Korrektiv zu SPD und Grünen zu bilden und punktuell Inhalte in der Regierung umsetzen zu können. Wagenknecht argumentiert inhaltlich für einen Bruch mit den Traditionen der Arbeiter\*innenbewegung und selbst der historischen Sozialdemokratie und für eine offen ausgrenzende Politik eines national beschränkten Reformismus von oben, ohne Mobilisierung und Selbstorganisation, als paternalistisches Sozialstaatsmodell und stößt große Teile der Partei und der außerparlamentarischen Linken dabei direkt vor den Kopf.

Sollten Wagenknecht und ihre Anhänger\*innen in ein bis zwei Jahren nach der Bundestagswahl den Bruch mit der Partei vollziehen oder provozieren, kann dies dazu führen, dass eine „linkskonservative“, populistische Partei mit prominenter Führung entsteht. Diese könnte auf Wahlebene Unterstützung generieren und die verbliebene LINKE überholen, auch weil sie sich als „neues Projekt“ darstellen könnte und die LINKE nach langen Jahren des Auf und Ab zwischen Hoffnungen und Enttäuschungen verbraucht wirkt.

Ob es gelingen könnte (oder seitens der Führung überhaupt gewünscht wäre), eine Aktiven-Basis aufzubauen ist hingegen offen. Möglich aber keineswegs sicher ist ein Scheitern einer solchen Gruppierung, weil erfahrene Aktivist\*innen fehlen oder es nicht gelingt, ein ausreichend großes Wähler\*innenpotenzial zu sammeln.

Eine solche neue Formation würde die politische Verwirrung in der Linken und der Arbeiter\*innenbewegung verstärken und neue, falsche Spaltungslinien eröffnen. Sie könnte kurzfristig sogar Stimmen von der AfD abziehen, mittelfristig würde sie zur Stärkung von Rassismus und Sexismus führen, ungeachtet der Absichten ihrer Protagonist\*innen.

Sollte sich für die verbliebene LINKE eine massive Schwächung auf Wahlebene abzeichnen, mit der Gefahr, aus weiteren Landtagen zu fliegen und auch kommunal zu verlieren, würden die Krisenprozesse in der Partei Oberhand gewinnen. Durch einen möglichen Abgang der Wagenknecht-Anhänger würde die Partei auf der Ebene der Aktiven und Funktionär\*innen aus einem deutlich stärkeren „Realo“-Flügel der Regierungsbefürworter\*innen bestehen, die noch näher an SPD und Grüne rücken würden, sowie einer breit gefächerten antikapitalistischen Minderheit. Die gemeinsame Geschäftsgrundlage – Aushalten und Austarieren von Kontroversen und Widersprüchen, um eine starke, gemeinsame Partei links der Sozialdemokratie anzubieten – wäre in Frage gestellt. Die Zentrifugalkräfte könnten so stark werden, dass diese erste Annäherung in Richtung einer neuen Arbeiter\*innenpartei an ihr Ende kommen könnte.

Es gäbe statt der bisherigen LINKEN, die trotz all ihrer Schwächen grundlegend wenn auch vage auf den Ideen von Sozialismus und Internationalismus fußt, zwei Parteien, die beide eine unterschiedlich falsche Ausrichtung hätten – die

eine wegen ihres nach rechts offenen Populismus, die andere, weil sie noch weniger Klassenpartei wäre als jetzt und sich stark an SPD und Grüne anlehnen würde.

In einer solch zugespitzten Situation wäre es die Aufgabe von Marxist\*innen, das eigene Profil zu schärfen und gleichzeitig einen Beitrag dazu zu leisten, die parteilinken Kräfte konstruktiv zusammenzuhalten und zu verhindern, dass die erreichte Vernetzung zerreisst und die sozialistische Linke wieder auf den Zustand von vor der WASG-Gründung 2004 zurückgeworfen wird. Angelas Kandidatur gegen Wagenknecht und der positive Widerhall aus Teilen der Partei unterstreichen hierbei unsere Möglichkeiten aber auch unsere Verantwortung.

Ob es zu dieser Eskalation kommt, lässt sich heute nicht abschließend beurteilen. Wagenknecht selbst kann einiges beeinflussen, aber auch die Stimmung ihrer Unterstützer\*innen ist dabei wichtig. Die relativ gemächliche Entwicklung der LINKEN der letzten Jahren könnte jedoch ein schnelles Ende finden.

Sollte Wagenknecht nicht durchziehen oder die Mehrheit ihrer Unterstützer\*innen eine gemeinsame linke Partei weiterhin für strategisch nötig halten, würde die LINKE der zentrale Bezugspunkt auf parteipolitischer Ebene bleiben. Sie bliebe eine hybride Partei zwischen Einbindung ins bürgerliche Establishment und einer positiven Rolle als Raum für Debatten. Außerhalb der LINKEN hat es zwar neue Bewegungen gegeben, aber keine parteiähnliche Formierung, mit der bisher noch nicht bedeutenden Ausnahme lokaler Klimalist\*innen als Ergebnis der Rechtsentwicklung der Grünen.

Die Mitgliedschaft ist in 2020-21 weiterhin jünger geworden. Damit setzt sich der Trend fort, der 2016-17 einsetzte. Seit 2016 hat die LINKE die Grünen überholt und den höchsten Anteil der unter 30jährigen aller Parteien. Zwei Drittel der Neueintritte der letzten Jahre sind unter 35 Jahre alt, davon sind rund 40% Frauen. Der Frauenanteil liegt fast gleichauf mit den Grünen, sowohl was Mitgliedschaft als auch Funktionen angeht. Übrigens hat die LINKE auch den höchsten Anteil an Arbeiter\*innen aller Partei in ihren Reihen (knapp vor der SPD), wenn auch nicht in der Wähler\*innenschaft.

Vor allem die seit 2019 gegründete Bewegungslinke (BL) stützt sich auf die veränderte Zusammensetzung der Partei, wengleich auch einige neue Mitglieder den Weg zur Antikapitalistische Linke (AKL) fanden. Die BL hat sich jedoch deutlicher gestärkt, wie auch bei den Wahlen zum Parteivorstand sichtbar wurde. Die BL verbindet eine positive Herangehensweise an soziale Kämpfe mit einer unklaren Haltung zur Regierungsfrage. Über die Opposition zur Wagenknecht-

Kandidatur sind BL und AKL näher zusammengerückt. Marxist\*innen sollten sich an der Diskussion über die Regierungsfrage, die unweigerlich ansteht, solidarisch beteiligen.

Die Zuwächse finden vor allem im Westen statt, mit Schwerpunkt in den Großstädten. Im Osten schrumpft die überalterte Partei dramatisch; daher stagniert die Gesamtzahl bei rund 60.000. Gab es 2016 bis 2018 noch einen erheblichen Durchlauf, weil viele nach kurzer Zeit wieder austraten, so hat sich das in den letzten 18 Monaten geändert: Aktivist\*innen aus Bewegungen bleiben aktiv und organisierten sich teils in eigenen Strukturen („Aktive Linke“). Die Verjüngung hat in einer Reihe von Städten zu einer stärkeren Aktivierung der Basis geführt.

Trotz dieser Elemente einer Linksentwicklung, die auch dazu geführt hat, dass die Klassenfrage stärker in den Vordergrund getreten ist, ist der Haupttrend der LINKEN neben der möglichen Wagenknecht-Eskalation die Einbindung ins Parteien-Establishment. Die Regierungsbeteiligung im westlichen Bundesland Bremen markiert eine neue Qualität. Dazu kommen das geräuschlose Regieren in Thüringen, nicht unterscheidbar von anderen Landesregierungen sowie Bündnisse auf kommunaler Ebene wie in Bonn (zusammen mit SPD, Grünen und Volt).

Das Jahr 2022 wird eine LINKE sehen, die stärker als je in Gefahr ist, zu einer zweiten Sozialdemokratie zu werden – ohne dass dieser Kampf bis dahin entschieden wäre, da es gegenläufige Entwicklungen gibt. Die Partei bleibt ein unkämpftes Feld. Ganz gleich, wie dieser Kampf ausgeht: Die innerparteiliche Polarisierung hat hier und heute stark zugenommen, und wir können und müssen uns darauf beziehen. Gegen Aufstehen-Anhänger\*innen; Realokommunalos und Regierungssozialist\*innen gibt es eine Minderheit, die solche Positionen klar ablehnt. Egal was die mittelfristigen Perspektiven für die LINKE sind: Marxist\*innen müssen mit diesen Genoss\*innen jetzt die Diskussion suchen. Die von Wagenknecht ausgehende Eskalation könnte dieses „dynamische Patt“ durchbrechen und die Frage der Existenz der Partei auf die Tagesordnung setzen.

## DIE PARTEIEN VOR DER BUNDESTAGSWAHL

Eine umfassende Krise, zumal eine scheinbar nicht hausgemachte, stärkt zunächst die Herrschenden und die regierenden Parteien, so auch im Fall Corona. Klassenübergreifend hofft die Bevölkerung auf ein entschiedenes Handeln von Staat und Regierung.

In Deutschland wurde die Merkel-Regierung und damit v.a. die CDU-CSU zunächst gestärkt, weil es schien, als hätte das

Pandemie-Management im Frühjahr und Sommer 2020 im internationalen Vergleich gut funktioniert. Durch das offensichtlicher werdende Regierungsversagen von Herbst 2020 bis Frühjahr 2021 ist die Union in eine tiefe Krise geraten. In Umfragen ist sie von 37% (Juni 2020) auf 25% (März 2021) gefallen und hat bei sämtlichen Wahlen schwere Verluste hinnehmen müssen.

Faktoren wie diverse Korruptionsaffären und die Probleme der Merkel-Nachfolge haben diese Entwicklung vertieft. Doch letztendlich sind diese Probleme Erscheinungsformen des langfristigen Niedergangs der Union als „Volkspartei“. Die Vertiefung der sozialen Spaltung zwischen den Klassen und die stärkere Differenzierung auch innerhalb der Lohnabhängigen, verbunden mit der Auflösung ideologischer konservativer Milieus, schwächt die Integrationskraft der Union, deren historische Aufgabe es war, Politik für das Kapital zu machen und gleichzeitig die Illusion einer „Volkspartei“ aufrecht zu erhalten. Diese Schwäche manifestiert sich darin, dass die Union immer stärker abhängig wird von den Stimmen aus der älteren Generation und in nahezu sämtlichen Großstädten die Position als stärkste Partei abgibt, überwiegend an die Grünen, teilweise auch an SPD, LINKE oder AfD.

Die Figur Merkel steht für die Endphase dieser Periode, für eine Phase, in der sich die CDU/CSU der „Moderne“ öffnet, teilweise real, teilweise nur verbal, aber gleichzeitig ihre traditionelle Rolle erfüllt. In einer zunehmend ökonomisch und sozial polarisierten Gesellschaft drückt sich die Differenzierung auch in der Union aus. Weil ein zurück zum alten Muff des Konservatismus nicht mehrheitsfähig erscheint, konnte sich Friedrich Merz nicht durchsetzen. Ein „weiter so“ wie unter Merkel kann es jedoch auch nicht geben, daher ist ein Zickzackkurs der CDU/CSU zwischen Rechtsruck und Scheinmodernisierung zu erwarten.

Mit dem Abflauen der Klimabewegung ist der spektakuläre Höhenflug der Grünen gebremst worden, doch ihr Aufstieg bei Wahlen und Umfragen hält an, wodurch sie mit momentan mit 28% die stärkste Partei stellen (Stand April 2021). Sie werden einerseits als die Kraft gesehen, die eine Modernisierung des Kapitalismus in Angriff nimmt und versucht, diesen mit der Ökologie zu vereinbaren. Gleichzeitig werden sie als „linkes“ Gegengewicht zur AfD gewählt, aus Ablehnung von Rassismus, Nationalismus und Sexismus. Diese „unverdienten“ Stimmen bekommen sie wegen der Schwächen und Widersprüche der LINKEN, die nicht zuletzt durch die Wagenknecht-Debatte bei einigen als nicht glaubwürdig im Kampf gegen den Rassismus gilt. Die Grünen bekommen ihre Stimmen sowohl aus ländlichen Milieus, in denen der Frust mit der Union groß ist als auch von städtischen Wähler\*innen, zu einem bedeutenden Teil aus akademisch gebildeten

Schichten der Lohnabhängigen. Die Sackgasse der FFF-Großdemos wird teilweise dazu führen, dass die Hoffnungen auf eine Klimawende auf die Wahlebene übertragen werden. Für die Grünen wird daraus ein längerfristiger Effekt als nach Fukushima erwachsen, der erst mit Enttäuschungen über eine Regierungsbeteiligung der Partei auf Bundesebene durchbrochen würde.

Die historische Krise der Sozialdemokratie hält an. Mit gerade mal 13 Prozent ist die SPD nur noch weit abgeschlagen drittstärkste Partei. Der Effekt des linken Antäuschens durch die Wahl von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans zu Parteivorsitzenden ist verpufft, wenn es ihn überhaupt gab. Die SPD stützt sich auf punktuelle Hochburgen in einigen Großstädten und auf Flächenstaaten, in denen die regierenden Ministerpräsident\*innen der Partei aus konkreten Gründen gewählt werden – z.B. als Gegengewicht gegen die AfD wie in Brandenburg oder als Verkörperung der Regierungstabilität in der Pandemie wie in Rheinland-Pfalz.

Die FDP hat durch die Unzufriedenheit mit der Pandemie-Bekämpfung aus ihrem lang anhaltenden Tief herausgefunden und steht laut Forsa (20.04.2021) bei 11 Prozent. Sie bespielt den Raum zwischen vorsichtigen Warnungen über die Konzeptlosigkeit der Bundesregierung und aggressiven Öffnungsforderungen im Interesse der kleinen und größeren Kapitalist\*innen. Durch die wachsende Schwierigkeit, Zweier-Koalitionen zu bilden, wird die FDP wieder mehr Verwendung bei Regierungsbildungen finden können.

Die AfD hat sich in der Corona-Krise radikalisiert. Während sie zu Anfang noch schwankte, hat sie sich für einen Kurs der Anbiederung an die „Querdenker\*innen“ entschieden. Das hat sie bis heute stärker isoliert und ihre Wähler\*innenbasis beschränkt, was sich in den letzten Landes- und Kommunalwahlen durch deutliche Verluste abzeichnete. Gleichzeitig wurde die Wähler\*innenbasis gefestigt und die Meinungsunterschiede zwischen Wähler\*innen der AfD und aller anderen Parteien haben sich neben Fragen wie Rassismus und Zuwanderung auch auf die Pandemie-Bekämpfung ausgedehnt. Auf dem AfD-Parteitag im April hat das offen rechtsextreme Lager um Bernd Höcke gewonnen und das Wahlprogramm der Partei eindeutig nach rechts verschoben.

Es ist trotz leichter Wahlverluste davon auszugehen, dass die AfD aus den ökonomischen und sozialen Verwerfungen zum Ende der sich in die Länge ziehenden Pandemie Vorteile ziehen kann. Es ist möglich, dass sich diese noch nicht bei der Bundestagswahl materialisieren, sondern erst später.

Soziale und politische Differenzierung drücken sich bei den Wahlen aus. Der Anteil der „Sonstigen“, wächst, zuletzt in

Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Davon profitieren scheinbar „unverbrauchte“ Konservative wie die „Freien Wähler“, Sammelbecken für enttäuschte Grüne oder Linke wie „Klimalisten“ oder „Die Partei“, vermeintliche Ein-Punkt-Parteien wie diverse „Tierschutz“-Listen und auch rechte Splittergruppen. Die größte Gruppe bleibt weiterhin die der Nichtwähler\*innen.

Der Bundestagswahlkampf im Herbst 2021 wird einen widersprüchlichen Charakter haben. Einerseits wird eine Wahl mitten in einer internationalen Krise von vielen als wichtig gesehen, als „Richtungsentscheidung“, verstärkt durch das Ende der „Ära Merkel“. Gleichzeitig gibt es außer punktuell der LINKEN gar keine unterschiedlichen Richtungen, zwischen denen man wählen könnte, weil alle etablierten Parteien grob den gleichen Kurs vertreten. Das wird dazu führen, dass sich einerseits Jugendliche in und um Parteien engagieren wollen, andere wiederum abgeschreckt vom Spektakel sind.

Die bestimmenden Faktoren der Wahl sind die Krisen von Union und SPD, der Aufstieg der Grünen und das Verharren von AfD, FDP und LINKE in einer Position zwischen Mobilisierung der Stammwähler\*innen mit vorhandenen, aber unklaren Möglichkeiten, darüber hinaus Stimmen zu gewinnen. Wie tief die Krise der Union wird, hängt entscheidend vom Erfolg oder Misserfolg der Pandemiebekämpfung bis zum Spätsommer ab. Ein schnelleres Impftempo mit sinkenden Inzidenzzahlen und Öffnungen können zu einem leichten Anstieg der Unterstützung der CDU/CSU führen, verstärkt durch die Kandidatur Söders, der sich noch immer als „Macher“ präsentieren kann. Kommt es zu weiteren Skandalen kann sogar die SPD leicht aufholen, nicht auf alte Werte, aber eine Bewegung Richtung 20% ist möglich.

Bezüglich der Koalitionsoptionen ist die Lage in Bewegung. Rechnerisch werden Union-Grüne möglich sein, eine „Ampelkoalition“ oder eine Koalition der Parteien der alten BRD (Union, SPD, FDP), möglicherweise sogar R2G. Das Kapital favorisiert noch immer eine Regierung mit Beteiligung der Union. Die wahrscheinlichste Variante ist, dass dies durch die Grünen ergänzt wird. Diese haben wiederholt deutlich gemacht, dass sie kapitalismuskonform sind, zuletzt durch den Auftritt des Co-Vorsitzenden Robert Habeck vor dem Institut der deutschen Wirtschaft: „Der Kapitalismus hat uns unfassbare Erfolge beschert. Auf der Welt lebt es sich insgesamt gesehen heute besser und sicherer, reicher und satter, gesünder und länger als es jemals für eine Menschheitsgeneration auf diesem Planeten galt.“

Eine schwarz-grüne Bundesregierung würde die nächsten Angriffe auf soziale Rechte, Einkommen und Jobs, vom kommenden Abbau qualifizierter Industriearbeitsplätze bis

zu steuerlichen Belastungen der Massen, als ökologischen Umbau darstellen. Die bisher oftmals eher theoretische oder exemplarische Frage der gemeinsamen Interessen von Klima- und Arbeiter\*innenbewegung würde dann akut.

Das Timing der kommenden Attacken ist heute nicht abzusehen. Dazu sind die Pandemielage und die ökonomischen Entwicklungen im Detail zu offen. Wahrscheinlich ist aber, dass es eine Honeymoon-Phase für Schwarz-Grün geben wird, die auch die ersten unbeliebten Maßnahmen überstehen würde. Es gibt einerseits eine enorme Müdigkeit, sich nochmal auf eine von der CDU-geführte oder beteiligte Regierung einzulassen. Andererseits haben Teile Illusionen darin, dass etwas „Neues“ daraus entsteht und eine Versöhnung von Klima und Kapitalismus möglich ist und dass die Kombination aus Union und Grünen am Ehesten dazu taugt, die Spaltungen in der Gesellschaft nicht tiefer werden zu lassen.

Mittelfristig wird das Parteiensystem erneut dadurch verändert werden, dass die Grünen als Regierungspartei im Schlepptau von CDU/CSU als mitverantwortlich für Angriffe auf die Arbeiter\*innenklasse, zunehmende Repression, Ausrüstung und der Stagnation bei der realen ökologischen Wende gesehen werden. Das wird bisherige Akteure – SPD, LINKE, FDP, AfD – zu neuen Möglichkeiten verhelfen und wird gleichzeitig zur weiteren Zersplitterung des Parteiensystems durch neue Parteien und Wähler\*innen-Gruppen führen.

## SCHLUSS

Der Virus traf auf einen vorerkrankten Kapitalismus, hat dessen Probleme offen gelegt und verschärft. Das Erkennen der Ursachen der ökonomischen und sozialen Verwerfungen wird allerdings durch die in Form einer von außen kommenden Bedrohung und der Idee, dass „wir alle“ betroffen sind, verzögert und behindert.

Die Schwäche des sozialistischen Pols in der Arbeiter\*innenbewegung hat diese Entwicklung verstärkt. Dadurch war die Linke insgesamt nicht in der Lage, Antworten zu formulieren und zu mobilisieren, sondern hat nur punktuell richtige Initiativen ergriffen.

Die Pandemie ist eine Klassenfrage. In allen Ländern sind die ärmeren, prekären Schichten stärker von Krankheit und Tod betroffen. Sie bekommen die schlechteren Gesundheitsleistungen, wohnen in engeren Verhältnissen. Teile der Klasse riskieren seit einem Jahr ihre Gesundheit an den Frontlinien des Gesundheitswesens, der Logistik und des Bildungswesens.



2019 gab es eine Welle von Kämpfen, die sich über Ländergrenzen hinweg befruchteten und fortsetzen, teilweise mit aufständischem Charakter wie in Chile, Ecuador, Libanon. Die Pandemie hat zu einer Delle der sozialen Kämpfe geführt, besonders in Westeuropa. Doch die Ursachen der Proteste sind nicht verschwunden, neue Faktoren sind hinzugekommen.

Angesichts des Versagen der Herrschenden ist das Ende der Pandemie nicht abzusehen. Die herrschende Klasse in Deutschland bekommt aktuell die dritte Welle nur schwer unter Kontrolle, eine vierte ist nicht auszuschließen. Unwillen und Unfähigkeit der Kapitalist\*innen, die gesamte Welt zu impfen, kann zu katastrophalen Ausbrüchen samt Mutationen führen. Die wahrscheinlichste Perspektive ist jedoch ein in die Länge gezogenes Eindämmen durch die Impfkampagne. Sobald die ökonomischen und sozialen Folgen in den Vordergrund rücken und das Infektionsgeschehen nicht mehr die Meldungen und das Denken bestimmt wird sich die Polarisierung entwickeln und es zu mehr Verteilungskämpfen kommen. Ein Bereich wird das Gesundheitswesen selbst sein, dazu kommen Konflikte um den Abbau von Arbeitsplätzen, die zu erwartende Abwälzung der Corona-Kosten auf die arbeitende Bevölkerung und die Reaktivierung von vor der Pandemie wichtigen Bewegungen wie Klimaschutz, Feminismus, Antirassismus. Das genaue Timing offen, aber es ist abzusehen, dass Aktivist\*innen allgemein und die Marxist\*innen im Besonderen weniger Zeit vor dem Bildschirm und mehr auf der Straße verbringen werden.

